

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Oktober 10/2002

Unter erschreckenden Bedingungen

Im kommenden Frühjahr wird in der Unteren Rathaushalle die vor einigen Jahren in Neuengamme erstellte Ausstellung „Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung“ zu sehen sein. Sie zeigt die Todesmärsche der Häftlinge des KZ und seiner Außenlager im April/Mai 1945. In Bremen gab es kurz vor Kriegsende 9 KZ, in drei dieser Lager waren Häftlinge für die dem Krupp-Konzern gehörende A.G.Weser untergebracht.

Lagersituation, Arbeitsbedingungen und Todesmarsch, zur Bremer Situation sollen bis zum Frühjahr mehrere Ausstellungstafeln erstellt werden. Ein Ortstermin fand am 07. September in Gröpelingen statt. Arbeiterverein Use Akschen, Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung der Stahlwerke Bremen, Geschichtswerkstatt Gröpelingen, Stadtteilinitiative Kultur vor Ort und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten hatten zu einem Rundgang mit Zeitzeugen eingeladen. Viele Zeitzeugnisse über den täglichen Lei-

densweg der Häftlinge sind nicht überliefert, das Material zu Lagern und Arbeitsstätten ist nur schwer auffindbar. Mit einem zweistündigen Gang vom Schützenhof in der Brombergerstraße zum Bunker Hornisse in der Kap-Horn-

als Jugendliche gegen Kriegsende in Gröpelingen hatten. Detlev Dahlke erzählte, wie er sich im März 1945 für kurze Zeit bei seinen Eltern in Gröpelingen aufhielt. Die Mutter sprach davon, dass die Toten frühmorgens mit



Die TeilnehmerInnen des Rundgangs an einer der Stationen.

Leiterwagen vom Lager am Schützenhof weggebracht wurden. Er selbst sah den Zug der Häftlinge auf dem Weg zur Arbeit in die Lindenhofstraße einbiegen. Mindestens 20 Minuten dauerte ihr Zug über die Kreuzung. Viele sahen diesen tagtäglichen Zug. Das bestätigte auch Heinz Rolappe. Zuhause wurde darüber wenig gesprochen. Zu stark war die Angst, dass sich die Kinder in der Schule verplapperten.

Straße sollten Erinnerungen geweckt werden. Bereits am 29. April diesen Jahres hatte René Thirion bei der Einweihung einer Gedenktafel für die 267 in Lager und Werft umgekommenen Häftlinge die täglichen Misshandlungen durch Wachen und Kapos des Lagers geschildert. Dies und die Zeugenaussage eines Anwohners vor der alliierten Untersuchungskommission im November 1945 erschütterten die rund 30 Teilnehmer des Rundgangs erneut.

Der Weg der Häftlinge, Aussehen und Kleidung, Bewachung und Umgang mit den ums Leben gekommenen Häftlingen. Versuche, aus Mitgefühl ihnen etwas zu essen zukommen zu lassen. Das Verhalten Umstehender beim Anblick des Häftlingsmarsches, Gespräche über das Erlebte in dieser Zeit, Fragen dieser Art wurden an den zentralen Punkten des Weges vor laufender Kamera beantwortet. Ausführlich schilderten Heinz Rolappe (Arbeiterverein Use Akschen) und Detlev Dahlke (IG Metall Geschichtsguppe) Erlebnisse, die sie selbst

Eingeschüchtert wurde jeder, der es wagte, den ausgemergelten Häftlingen Lebensmittel zukommen zu lassen. Das erfuhr der Gemüsehändler Heitmann am Pastorenweg ebenso wie Frau Chantelau, die als 19jährige Buchhalterin bei der Firma Hermann Möller am Bunker Hornisse arbeitete. Die SS scheute sich nicht, ihr mit KZ-Aufenthalt zu drohen, sollte sie ein freundliches Wort Häftlingen gegenüber einlegen.

Bei der Aussprache im Lichthaus unterstrich die Aufzeichnung eines Interviews mit dem kürzlich verstorbenen tschechischen Ingenieur Miroslaw Tamchyna die Dringlichkeit der Dokumentation der Erlebnisse von Zeitzeugen.

Erfahrungen von Führungen und Rundgängen belegen immer wieder, dass die Darstellung des Tagesablaufs, die Schilderung der täglichen Grausamkeiten, die Erzählung über Schlüsselerlebnisse einer Begegnung mit nicht feindlich eingestellten Deutschen für Jugendliche heute einen wichtigen Zugang zur Geschichte ihrer Eltern und Großeltern bietet.

Raimund

Erweiterte Landesvorstands- sitzung

Liebe Kameradinnen und Kameraden. Hiermit laden wir euch herzlich zu einer erweiterten Landesvorstandsitzung am Samstag den **19. Oktober um 15 Uhr im Büro der VVN-Bda** ein. Hauptthema wird der Bericht vom Bundeskongress sein, der vom 03. - 05. Oktober in stattfindet. Wir hoffen, dass ihr zahlreich erscheint!

Der Landesvorstand

Ringgen um die Magnus-Hirschfeld-Stiftung

Aus der Rede Jörg Hutters auf dem Osterholzer Friedhof:

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Anwesende,

ich möchte mich zunächst für die Einladung des Landesverbandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) bedanken, hier sprechen zu dürfen. Es ist wohl ein Fortschritt, dass heute Vertreter der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung ganz selbstverständlich an diesem Gedenktag sprechen können.

Einen ebenso radikalen Wandel haben wir in den letzten Jahren in Bezug auf die Bewertung des nationalsozialistischen Terrors gegen Homosexuelle von Seiten der Bundesregierung beobachten können. Deshalb möchte ich noch einmal zurückgehen in das Jahr 1996. Damals fand in Saarbrücken unter dem Titel "Wider das Vergessen" der bislang größte wissenschaftliche Kongress über die nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung statt. In einem Vortrag über die offizielle Entschädigungspraxis der damaligen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl habe ich die Politik der Wiedergutmachung gegenüber homosexuellen Opfern für gescheitert erklärt, und zwar aus den folgenden drei Gründen:

1. Homosexuelle Frauen sind überhaupt nicht in den Genuss von Entschädigungsleistungen gekommen, homosexuelle Männer wurden zu nur einem verschwindend geringen Anteil bedacht. Angesichts der Tatsache, dass die meisten der überlebenden homosexuellen NS-Opfer bereits verstorben sein dürften, ist in Zukunft mit keiner nennenswerten Anzahl von Antragstellerinnen bzw. Antragstellern mehr zu rechnen.

2. Bei der Zerschlagung der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung sind auch die Vermögenswerte der betroffenen Einrichtungen konfisziert worden, für die die Regierung Helmut Kohls sowie alle anderen Vorgängerregierungen eine Rückerstattung verweigert haben.

3. Alle vorherigen Bundesregierungen einschließlich der Regierung Kohl haben sich geweigert, den kollektiven Verfolgungscharakter des nationalsozialistischen Terrors gegen Homosexuellen anzuerkennen und diese Hauptfeindgruppe der Nazis dement-

sprechend kollektiv zu rehabilitieren, etwa in Form einer Stiftung, welche die nötige Erinnerungsarbeit leisten kann. Sechs Jahre später sind auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt, die die versammelten Experten damals kaum für möglich gehalten haben. Die positiven Veränderungen gehen dabei ganz eindeutig auf das Konto der neuen rotgrünen Regierungsmehrheit in Berlin. Ich möchte die Entwicklung kurz rekapitulieren: In einem ersten Schritt hat sich der Bundestag am 7. Dezember letzten Jahres bei den homosexuellen Opfern der nationalsozialistischen Willkürherrschaft entschuldigt, eine gesetzliche Rehabilitation in Aussicht gestellt und ihnen durch diesen symbolischen Akt ihre Ehre wiedergegeben. Einbezogen waren hier auch ausdrücklich die Verurteilungen in der Bundesrepublik nach dem 1935 verschärften und nach 1945 nicht revidierten § 175 StGB.

In dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen heißt es auszugsweise wie folgt:

"Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, dass die Ehre der homosexuellen Opfer des NS-Regimes wiederhergestellt werden muss. Der Deutsche Bundestag bedauert, dass die nationalsozialistische Fassung des §175 im Strafrecht der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 unverändert in Kraft blieb. Er entschuldigt sich für die bis 1969 andauernde strafrechtliche Verfolgung homosexueller Bürger, die durch die drohende Strafverfolgung in ihrer Menschenwürde, in ihren Entfaltungsmöglichkeiten und in ihrer Lebensqualität empfindlich beeinträchtigt wurden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt Initiativen, die die historische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Homosexuellenverfolgung und des späteren Umgangs mit ihren Opfern zum Gegenstand haben. (...)"

Die Bundesregierung wird schließlich gebeten, eine gesetzliche Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile vorzubereiten und einen Bericht über die Rückerstattung und Entschädigung für die im Nationalsozialismus erfolgte Enteignung und Zerschlagung der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung vorzulegen und Vorschläge zu entwickeln, wie Lücken bei der Entschädigung, Rückerstattung und beim Rentenschadensausgleich für homosexuelle NS-Opfer geschlossen werden können.

Die rotgrüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder ist nicht untätig geblieben. Sie hat in einem weiteren Schritt ein Gesetz zur Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile gegen Homosexuelle (und Deserteure) vorbereitet, welches der Bundestag gegen den Widerstand von CDU und F.D.P. dann am 17. Mai diesen Jahres beschlossen hat.

Mit dieser Ergänzung des NS-Aufhebungsgesetzes müssen sich Homosexuelle wie Deserteure für ihre rechtliche Rehabilitation nicht mehr einer unwürdigen Einzelfallprüfung bei der Staatsanwaltschaft unterziehen. Die gegen sie in der NS-Zeit ergangenen Unrechtsurteile sind hiermit umfassend aufgehoben worden.

Am 27. Juni 2002 hat die rotgrüne Bundestagtagsmehrheit schließlich die Einrichtung einer sogenannten Magnus-Hirschfeld-Stiftung auf den Weg gebracht, mit der die notwendige Erinnerungsarbeit sowie Menschenrechtsarbeit geleistet werden soll. Im Bundeshaushalt sind hierfür 32 Mill. Euro reserviert. Mit dem Namen der Stiftung soll an den Berliner Arzt und Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld (1868 bis 1935) erinnert werden, der neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch als Streiter für die Rechte der Homosexuellen hervorgetreten ist.

Sicherlich sind mit diesen Schritten noch nicht alle Forderungen der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung erfüllt. So bleibt die Frage nach Entschädigung der Justizopfer von 1945 bis 1969 weiterhin eine offene Forderung. Die bislang errungenen Erfolge sind jedoch beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Allerdings kann das ambitionierte Projekt der Magnus-Hirschfeld-Stiftung durchaus noch scheitern. Falls der Bundesrat das Gesetz anhält und nach dem 22. September eine schwarzgelbe Koalition regiert, dürfte mit einer Umsetzung des Gesetzes nicht mehr zu rechnen sein. Hier ist auch der Bremer Senat gefordert. Bremen darf die Umsetzung dieses Gesetzes im Bundesrat nicht blockieren.

Erfüllt mit dieser Sorge und der großen Hoffnung auf weitere Fortschritte bedanke ich mich bei für das Zuhören.

Jörg Hutter

Zeit Abschied zu nehmen

Seit 55 Jahren erinnert die Bremer VVN-BdA auf dem Osterholzer Friedhof der Nacht vom 8. auf den 9. September 1943. Nazischergen brachten in Plötzensee Widerstandskämpfer aus dem besetzten Europa an Fleischerhaken zu Tode. Zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Niederlage andeutete, sollten Geiseln beseitigt werden, die ein neues Europa aus der Asche hätten erbauen können.

Einer von ihnen, Julius Fucik, konnte noch vor seiner Deportation nach Berlin im Prager Gefängnis Aufzeichnungen verstecken. Darin schrieb er, "dass es keine namenlosen Helden gegeben hat, dass es Menschen waren, die ihren Namen, ihr Gesicht, ihre Sehnsucht und ihre Hoffnungen hatten, und dass deshalb der Schmerz auch des letzten unter ihnen nicht kleiner war als der Schmerz des ersten, dessen Namen erhalten bleibt.

Ich möchte, dass sie euch alle immer nahe bleiben, wie Bekannte, wie Verwandte, wie ihr selbst (...). Aber ich möchte auch, dass die Lebenden nicht vergessen werden, die uns nicht weniger treu und nicht weniger standhaft unter den

schwersten Bedingungen geholfen haben. Nicht zu ihrem Ruhm. Aber als Beispiel für die anderen."

Helmut Koch vom Rat&Tat-Zentrum erinnerte mit einer Lesung aus den letzten Briefen von zu Tode verurteilten NS-Opfern daran, dass Sterbenden unter normalen Bedingungen genügend Zeit bleibt

Günther Becker starb bereits im Dezember 1942. Er kam aus einem antifaschistisch eingestellten Elternhaus. Der Dramaturg Adam Kuckhoff wurde im August 1943 ermordet. Welche Genugtuung erfahren die Kinder der für ihren Kampf um ein besseres Deutschland Ermordeten? Helmut Koch regte an, ver-

gleichbar der Bibelleseung im Bremer Dom eine Lesung aller letzten Briefe der durch die NS-Justiz zu Tode Verurteilten durchzuführen. Sie alle spiegeln die Hoffnung wider, dass sich die Kinder des eingeschlagenen Weges in eine bessere Zukunft nicht verschließen mögen.

Im September 2002 stehen wir vor der Situation, dass von amerikanischen Stützpunkten in Deutschland Atomwaffen in den Nahen Osten fliegen und dort einen uns allen bedro-

henden Krieg auslösen könnten, wenn diese Pläne nicht angehalten werden. Dazu ist eine andere Politik notwendig, es bedarf hartnäckiger und lang anhaltender Aktivitäten. Jedes Fernbleiben von der Wahl am 22.9. kostet möglicherweise eine Stimme für den Widerspruch, Mahnung und den Frieden.

Raimund



Raimund Gaebelien während seiner Rede auf dem Osterholzer Friedhof

zum Abschied nehmen. Den in Berlin-Plötzensee Hingerichteten wurde das Recht in Würde zu sterben beschnitten. Paul Geschke wurde im August 1944 umgebracht. Er hatte sich der Uhrig-Gruppe angeschlossen. Ursula Götzke wurde im August 1943 gehängt. Sie war in der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnak. Hanno

Starke Töchter

Wir finden eine Botschaft von Journalisten auf dem Anrufbeantworter. Sie sind im Internet auf den Text im Bremer Antifaschist gestoßen, in dem wir über Nasras Problem berichten. Es handelt sich um die Fernsehredaktion von Pastor Fliege, die eine Sendung zum Thema "Starke Töchter" plant. Sie sind sichtlich betroffen über Nasras Schicksal. Nasra wird zur Sendung eingeladen. Es ist ausgesprochen aufregend für sie, aber für die Familie will sie sich gerne überwinden.

Als ein Flug nach München zu unsicher erscheint - Nasras Papiere haben kein Lichtbild, und für den Flug braucht man einen Lichtbildausweis - finden wir uns innerhalb weniger Tage in einem ICE in der ersten Klasse wieder. In München zeigt uns ein Taxifahrer einige Sehenswürdigkeiten und das Prominentenviertel - Nasra soll auch ein wenig von der Stadt kennen lernen. Angekommen in der Redaktion Fliege wird dann erstmal hauptsächlich gewartet. Nasra ist über die Öffentlichkeit froh, wenn auch die Aufregung steigt. Die Aufzeichnung beginnt mit Verspätung, Pastor Fliege

wollte in Sachen Nasra erst noch einige Anrufe erledigen. Hat sie z.B. tatsächlich eine Arbeitserlaubnis?

Routiniert führt der Profi Fliege durch die Sendung und bittet Nasra zuletzt, ihn zu informieren, wie die Behörden weiter entscheiden. Die Zuschauer sind sichtlich erschüttert. Nach der Sendung kommen einige zu Nasra, um ihr Mut zuzusprechen und sie für ihre Leistung zu bewundern. Nasra ist erleichtert, dass alles gut geschafft ist, wenn ihr auch hinterher einiges einfällt, das sie auch noch hätte sagen wollen. Sie grübelt auch nicht mehr darüber, dass sie vor der Sendung jemand angesprochen hat: Sie solle mal nichts Verkehrtes sagen. Was könnte damit gemeint sein? Komfortabel geht es im Schlafwagen zurück nach Bremen. Am Morgen erzählt Nasra, dass sie das erste Mal nach vielen Monaten einige Stunden durchgeschlafen hat.

Gaby Hepen

(Über das Schicksal Nasra Sado Tekins und ihrer Familie hat die VVN-BdA mehrfach im BAF, z.B. August-Ausgabe, berichtet.)

Euro = Teuro

Obwohl von offiziellen Seiten behauptet wird, durch den Euro sei keine Teuerung angefallen, stellen wir tagtäglich fest, dass bei allen neuen Euro-Preisen, insbesondere auch beim täglichen Bedarf, nicht unerheblich aufgeschlagen wurde und weiterhin wird! Unsere anfallenden Kosten für Bürobedarf, Druckkosten, Mieten usw. belasten uns daher erheblich mehr als im letzten Jahr. Bei der Umstellung unserer Mitgliedsbeiträge, einschliesslich des FIR- und ar-Beitrages, haben wir den offiziellen Umrechnungskurs von 1,95583 zu Grunde gelegt. Hieraus ergaben sich für uns aber finanzielle Einbußen, die wir bislang durch eingehende Spenden ausgleichen konnten. Damit wir weiterhin unsere notwendigen organisatorischen und öffentlichen Aufgaben erledigen können, bitten wir alle Mitglieder zu prüfen, ob es möglich ist, den jetzigen Beitrag zu erhöhen oder eine Spende zu entrichten. Den bisherigen Spenderinnen und Spendern danken wir recht herzlich und hoffen, dass wir auch weiterhin damit rechnen können

Friedel Becker (Landeskassierer)

Gescheitert oder nie gewollt?

Er wolle sich immer "sehr scharf von den rechtsextremen Parteien abgrenzen", gelobte Ronald Barnabas Schill. Nur folgten seinen Worten keine Taten. Unter seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern sind schon arg komische Vögel, die ganz und gar nicht in das Korsett passen, das Schill sich und seiner Partei, der "Partei Rechtsstaatliche Offensive", verpasst hat. Es ist sicher nicht nur eine verbale Entgleisung, wenn z.B. Norbert Frühauf (43), Schatzmeister von Schill in Hamburg, sagt:

"Ich kann Hitler wegen der Juden ja verstehen. Mir selber ist körperlich unwohl, wenn ein Türke vor und ein Pole hinter mir im Supermarkt steht."

Auch Christian Brandes (31), Burschenschaftler in der Germania, die wiederum von der NPD-Hochschulorganisation NHB (Nationaldemokratischer Hochschulbund) als "nationaler Bund" gelobt wird, ist ins Visier der Kritik geraten. "Die Burschenschaft ist nicht rechtsradikal und ich bin es auch nicht", entgegnet Brandes. Ihn dürfte die Tatsache in Erklärungsnot bringen, dass die Germania gute Beziehungen zur mittlerweile verbotenen FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) unterhielt. Deutlich sagt der Bremer Autor Felix Krebs:

Die Germania ist eine "neofaschistische Korporation" und "von den Hamburger Verbindungen eindeutig die rechteste". In der Partei von ‚Richter Gnadenlos‘ tummeln sich die Burschenschaftler regelrecht. Die "Partei Rechtsstaatliche Offensive" ist mittlerweile sogar für Nazis so attraktiv, dass sie gleich wechseln.

Uwe Ellefsen ist von den REPs zur Schillpartei gekommen. "Ronald Schill hat unsere Forderungen aufgegriffen", heißt es bei den REPs.

In Oldenburg haben sich unter der Leitung von Hans-Joachim Clavien, Vorsitzender der Initiative Pro Schill, etwa 80 Sympathisanten in der Gaststätte HARMONIE eingefunden. Gastredner war der Peiner Professor und ehemalige Vorstandsvorsitzende der Salzgitter AG, Hans-Joachim Selenz. Er gilt als der designierte Landesvorsitzende der Schill-Partei in Niedersachsen. Mitte Juni gab es ebenfalls unter der Mitwirkung von Selenz in Stenum bei Delmenhorst eine Gründungsversammlung der Schillianer.

Wo die Bremer und Bremerhavener Schillpartei-Kameraden einzuordnen sind, muss sich noch zeigen. Zurzeit haben sich 27 Leute zusammengefunden, die sich in Bremen in der Schillpartei engagieren wollen. Bei der Nominierungsversammlung im HOTEL AM WERDESEE fanden sich allerdings nur 14 der 27 ein.

Zur Wahl treten neben Detlef Schütte (Direktkandidat aus Bremerhaven, Berufssoldat) noch Kevin Sascha Blohm (Bremerhaven), Joachim Walter Raffel (Direktkandidat aus Bremen-Timmersloh, Kaufmann) und Martina Heisterkamp (gleiche Adresse wie Raffel), an.

Bestenfalls erweisen sie sich, wie ihre Sachsen-Anhaltinischen Kolleginnen und Kollegen, als Nieten auf ganzer Linie. Schütte hat es auf die "Sozialschmarotzer" abgesehen. "Die leben von mei-

nen Steuern. Da dürfen sie nicht noch einen lukrativen Nebenjob haben." Dieser Mann hat anscheinend weder von Politik noch vom wirklichen Leben Ahnung. Er wiederholt nur die dumpfen Stammtischreden vom ‚Sozialhilfeempfänger mit den drei nagelneuen Luxuswagen‘. Es ist zu hoffen, dass die Schillpartei unter einem Prozent bleibt. Dann werden wenigstens keine weiteren Steuergelder verschwendet.

Ganz aktuell hat Schill bei seiner Rede vor dem Bundestag gezeigt, wie sehr er die Demokratie mit Füßen tritt. Die Aufforderung von Anke Fuchs, Vizepräsidentin des Bundestages, zum Ende seine Rede zu kommen, quittierte er mit dem Kommentar: "(...) weil meine Redezeit unbegrenzt ist. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Aber Bruch der Verfassung ist Ihnen ja nichts Neues. Ich habe jederzeitiges Rederecht. (...). Auch der immer noch freundlichen Aufforderung: "(...) Ich glaube, ich lasse Ihnen noch ein Schlusswort und dann gehen Sie bitte vom Pult. (...)", entgegnete er: "Ich bin mit großem Vertrauen hier in den Bundestag gekommen und musste feststellen, dass hier die Verfassung mit Füßen getreten wird. (...)". Das war dann zuviel. Anke Fuchs schaltete das Mikrofon ab und las Schill seine Rechte vor.

Der großmäuligen Ankündigung, den Bundestag zu verklagen, folgte ein reumütiger Rückzieher.

Gerold

Zwischen Gefühlen zerissen

Gruß an alle guten Leute, die mir im letzten Monat Mut gemacht haben. Ich schreibe Euch rund zwei Wochen nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis. Ich bin dabei, wieder ins normale Leben einzutauchen, mit Nachtdienst im Krankenhaus usw.

Zunächst einmal möchte ich Euch allen dafür danken, dass Ihr bemüht wart alles zu versuchen, die sinnlose Gewalt hier im Nahen Osten zu beenden. Eure Unterstützerpost hat mir sehr geholfen, mein Selbstvertrauen in das, was ich tue, zu stärken. Einige Briefe erhielt ich im Gefängnis, ein paar nach meiner Entlassung.

Wenn ich die Unterstützerpost aus aller Welt noch mal lese, weiß ich, dass es wirklich was bewegt, wenn sich Leute kümmern. Die Entscheidung, jede Teilnahme an Besatzungshandlungen in den besetzten Gebieten zu verweigern,

fiel mir sehr schwer. Es ist schwer das Dilemma zu erklären, hin- und hergerissen zu sein zwischen dem Gefühl, dass der Weg zur Beendigung dieser sinnlosen Gewalt sicherlich nicht darin liegt, die Anwendung der Gewalt zu verstärken, sondern auf friedlichem Wege.

Und andererseits habe ich in mir ein Gefühl der Verbundenheit mit meinen Mit-Israelis, sie in diesen unruhigen Zeiten zu unterstützen. Ich denke, dass Verweigerung der richtige Weg ist, meinem Land zu helfen und natürlich den Menschen, die genau wie ich sind und die nur ein paar Kilometer von mir entfernt leben, aber unter Lebensbedingungen, die sich sehr von meinen unterscheiden.

Mit unserer Verweigerung rufen wir: "genug ist genug!" Lasst uns versuchen zu den Friedensgesprächen zurückzukehren und dabei den Terror zu bekämp-

fen ohne dabei Menschen zu bestrafen und zu verletzen.

Die Zeit, die ich im Gefängnis verbrachte, war nicht so schwer, weil ich weder Scham noch Erniedrigung fühlte. Im Gegenteil, ich war stolz darauf, dass ich mich entschieden hatte und den Preis dafür zahlte. Ohne Gefühl erniedrigt zu werden und mit Eurer Unterstützung und der meiner Mit-Verweigerer ging es mir gut. Die Bedingungen im Militärgefängnis sind nicht so schlecht, es ist wie ein nicht zugänglicher Stützpunkt, viel besser als die Sperrzone, in der sich die Palästinenser seit Monaten befinden.

Ich möchte Euch allen nochmals für die Unterstützung danken

Orioshi Toker Maimon

(Maimon verweigerte den Wehrdienst in den israelisch besetzten Gebieten)

Die Republik vor Gericht

Der bekannte Rechtsanwalt politisch Verfolgter, Heinrich Hannover, las am 3. September im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack vor schätzungsweise 60 interessierten Zuhörern aus zweien seiner Bücher. Zur Einführung erzählte er, wie er zuerst junger Anwalt gutbürgerlicher Mandanten (z. B. vom Haus- und Grundbesitzerverein) war, aber dann die Pflichtverteidigung eines Kommunisten aufgedrückt bekam, worauf sich die gutbürgerlichen Mandanten nach neuen Anwälten umsahen. In der Folgezeit entwickelte sich Heinrich Hannover zu Bremens bekanntesten "Linksanwalt".

Anschließend las der Autor unter Einschub mancher Erklärung der Historie aus dem zweiten Band von "Die Republik vor Gericht" das Kapitel "Aufforderung zur Fahnenflucht. DIE GRÜNEN und der Golfkrieg (1991-1993)". In seinem rhetorisch ausgezeichneten Vortrag beschrieb er, wie er als Verteidiger wechselnde Angeklagte der Grünen durch drei Gerichtsinstanzen begleitete.

Grundlage für die Anklage war ein Flugblatt der damals noch pazifistischen Grünen, in dem es unter anderem hieß: "Verweigert euch diesen Planungen (zu einer Verlegung deutscher Truppen in die Golfregion (U.St.))! Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Armee (...) Wenn ihr Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, SAGT NEIN und BEGEHT FAHNENFLUCHT!" Die den ökonomischen Zielen der Herrschenden, dem deutschen Militarismus und Kadavergehorsam verpflichtete Richterschaft verurteilte in 1. Instanz die Angeklagten zu einer Geldstrafe. Um rechtlichen Auseinandersetzungen zu entgehen, konnte Heinrich Hannover die Richter nicht namentlich nennen. Die im Buch kritisierten Personen erscheinen entweder gar nicht namentlich oder ihre Namen wurden

abgekürzt. In der Berufungsinstanz beim Landgericht Bonn waren die RichterInnen (diesmal namentlich genannt) den Argumenten der Verteidigung, die Heinrich Hannover durch sein aus der Erinnerung niedergeschriebenes Plädoyer verdeutlichte, zugänglicher. Die Konsequenz war ein Freispruch. Doch aus formalen Gründen wurde in der Revisionsinstanz der Freispruch aufgehoben und das Verfahren an eine andere Kammer des Landgerichts Bonn verwiesen. Dort herrschte der Vorsitzende Richter im gleichen Geist wie seine Kollegen in der ersten Instanz.

Trotz entsprechender Beweisangebote, wonach bewiesen worden wäre, dass einfache Befehlsverweigerung von US-Soldaten nicht vor einem Kriegseinsatz schützte und die Bundesregierung eine verfassungswidrige Beteiligung deutscher Truppen am Golfkrieg ernsthaft erwog, verwarf das Gericht die Berufung der Angeklagten. Die Verurteilungen blieben somit bestehen. Weitere Rechtsmittel wurden nicht ergriffen, da dieses Urteil revisions- und verfassungsgerichtssicher abgefasst war. Die anschließende Diskussion befasste sich hauptsächlich mit den Themen der Gegenwart (erneuter Angriff auf den Irak, Schily-Kataloge etc.). Abschließend las bzw. rezitierte Heinrich Hannover noch aus seiner kürzlich veröffentlichten Sammlung von Erzählungen für Kinder ("Die untreue Maulwürfin"). Danach bestand noch die Möglichkeit, beide Bände seiner Erinnerungen und den Erzählband zu Sonderpreisen zu erwerben und vom Autor signieren zu lassen. Die Tageseinnahmen werden je zur Hälfte für einen tschetschenischen Asylbewerber und für einen Verein zur Unterstützung von Schulen für afghanische Flüchtlingskinder verwendet.

Ulrich St.

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Georg Elser

Georg Elser hatte am 08. November 1939 versucht, Adolf Hitler zu töten, um dem Wahnsinn ein Ende zu beenden. Er baute eine Bombe und deponierte sie an einer Säule im Münchner Bürgerbräuhaus. Dort wollte Hitler eine Rede halten. Der Sprengsatz detonierte 13 Minuten zu spät. Georg Elser leugnete die Tat gar nicht erst. Er wurde als "Sonderhäftling" im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert und sollte nach dem "Endsieg" in London in einem Schauprozess abgeurteilt werden. Da die Nazis bald klar sehen, dass es keinen "Endsieg" geben würde, richteten sie ihn am 09. April 1945 im Konzentrationslager Dachau 'vorzeitig' hin.

Durch einen Zeitungsbericht Mitte der 90er ist der Bremer Bernd M. Krause auf Georg Elser aufmerksam geworden. Ihn hatte der Mensch Elser, der bewiesen hatte, dass man durchaus etwas tun konnte, fasziniert. "Das hat mich nicht mehr losgelassen", erzählt Krause, "und da habe ich beschlossen, etwas zu tun." Er rief 1998 die Georg-Elser-Initiative Bremen ins Leben. Dieser Verein setzte sich zum Ziel, den Widerständler Georg Elser auch in Norddeutschland bekannt zu machen. Dieses ist ihm gelungen. Die Postkartenaktion, an der auch viele Bremer VVNler mitgemacht haben, war mit ein Grund dafür, dass es geklappt hat. Zu Elzers 100. Geburtstag am 04. Januar soll 2003 eine Sonderbriefmarke erscheinen.

Ein weiterer Erfolg ist die Straßenbenennung des Verbindungsweges zwischen der Otto-Suhr- und der Karl-Kautsky-Straße. Der Beirat Vahr hat diesen Vorschlag in seine Planung übernommen.

Gerold

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Geschichtsforschung
- Erinnerungsarbeit

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Geb.-Datum _____
Bremen, den _____
Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Friedenstreppe

Joachim Fischer ist nicht nur Künstler, sondern auch Friedensaktivist. Gerne verbindet er seine Kreativität mit seinem Einsatz für den Frieden. So auch jetzt in Bremen in seinem Heimatstadtteil Woltmershausen. Dort hat er mit offizieller Genehmigung eine triste 13-stufige Betontreppe an der Woltmershauser Strasse mit Farbe in eine "Friedenstreppe" verwandelt. Auf den jetzt blauen Stirnseiten der Stufen ist das Wort Frieden in 15 verschiedenen Sprachen zu lesen.

Mit dieser Aktion möchte Fischer ein Zeichen für Frieden und Verständigung zwischen den Menschen setzen. Er würde sich freuen, auch in anderen Stadtteilen und Städten entsprechende Objekte einrichten zu können.

Pusdorfer Friedensgruppe (gekürzt)

Die Rettung der Juden aus Dänemark

Kopenhagen, den 03. November 1943, der Reisebevollmächtigte Dr. Werner Best meldet Hitler, "Dänemark ist Judenfrei". Im Großen und Ganzen hat er mit dieser Meldung sogar Recht, Denn es leben zu diesem Zeitpunkt versteckt in Dänemark tatsächlich nur noch 300 Juden. Ein Teil von ihnen flieht später nach Schweden. In der Zeit vom 28. September bis 03. Oktober werden 474 Juden gefangen genommen und nach Theresienstadt deportiert. Von ihnen sterben durch Krankheit und Alter 53. Noch am 28. September 1943 leben etwa 6.500 dänische Juden und rund 1500 jüdische Flüchtlinge in Dänemark. Etwa 7.200 Juden werden überwiegend in den Nächten vom 28.09. bis 01.10.1943 nach Schweden evakuiert. Das heißt im Umkehrschluß, dass 98 bis 99% der in Dänemark lebenden Juden überleben - so viele wie in sonst keinem von Deutschland besetzten Gebiet.

Wesentliche Triebfeder für die Rettung der Juden ist nicht alleine, dass diese seit 100 Jahren die vollen dänischen Bürgerrechte besitzen, viel mehr ändert sich zusehends die Haltung der dänischen Bevölkerung gegenüber ihren Besatzern, die diese endlich wieder los sein wollen. Am 09. April 1940 wird Dänemark von deutschen Truppen besetzt. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, kapituliert die dänische Regierung unter Führung des Königs Christian X. Nichtsdestoweniger gibt es in Dänemark Sabotageakte, die im Laufe der Zeit zunehmen. Als König Christian X. das "triefende Glückwunsch-Telegramm" zu seinem 72. Geburtstag am 26. September 1942 mit den wenigen Worten "Dem Reichskanzler Adolf Hitler, besten Dank für die Glückwünsche. Christian Rex" beantwortete, soll Hitler getobt

haben. Am 05. November 1942 ernennt er den "Bluthund von Paris", den Juristen Dr. Werner Best, zum Bevollmächtigten in Dänemark. Best ist ein Nationalsozialist und Hartliner der ersten Stunde. Er soll an der Ermordung von mindestens 8.723 Juden und Sinti und Roma beteiligt gewesen sein.

Die Lage spitzt sich immer weiter zu. Obwohl noch im März 1943 freie Wahlen abgehalten werden, kann die dänische Regierung nicht verhindern, dass es Anfang August 1943 zu Demonstrationen, Ausschreitungen und Streiks durch Dänen kommt. Am 29. August 1943 verhängen deutsche Behörden eine Ausgangssperre über die dänische Bevölkerung. Ab diesem Zeitpunkt sieht es die dänische Polizei nicht mehr als ihre Pflicht an, Fahrten über den Sund nach Schweden zu unterbinden. Das dänische Heer wird entwaffnet; die dänische Marine versenkt die Teile ihrer Flotte, die sie nicht mehr rechtzeitig nach Schweden bringen kann. Christian X. verlässt sein Schloss nicht mehr.

Wohl im Hinblick auf die nach Stalingrad nicht mehr abzuwendende Niederlage Deutschlands beginnt Best ein doppeltes Spiel. Einerseits will er bei Hitler nicht in Ungnade fallen, andererseits fürchtet er das Strafgericht der Siegermächte. Best schickt am 08. September ein Telegramm nach Berlin, dass nun mehr der richtige Zeitpunkt gekommen sei, um mit den Juden und Freimaurern kurzen Prozess zu machen. Gleichzeitig handelt er mit Adolf Eichmann aus, dass die dänischen Juden nicht in die Vernichtungslager, sondern nach Theresienstadt verschleppt werden. Auch dort lässt ihnen die abgesetzte dänische Regierung durch das dänische rote Kreuz, Nahrungsmitteln zukommen.

Noch Anfang September beruhigte Best den dänischen Außenminister Niels Svenning, dass die dänischen Juden nichts zu befürchten hätten. Andererseits informiert er am 25. September den Handels- und Schiffsattache, Georg Ferdinand Duckwitz, darüber, dass in der Nacht vom 01. auf den 02. Oktober die Juden festgenommen und deportiert werden sollen. Best rechnet damit, dass Duckwitz seine sozialdemokratischen Freunde informieren würde, was, so hoffte er, nach der Niederlage ihm sein Leben retten würde. (Best verbüßte nach Kriegsende fünf Jahre Haft.) Duckwitz nimmt Verbindung mit der schwedischen Regierung auf und erreicht, dass diese sich bereit erklärt, die Flüchtlinge aufzunehmen. Als das Pogrom beginnt, beordert er viele Schiffe der deutschen Flotte zu einer Überholung in die Werften, so dass diese nicht auf dem Sund patrouillieren können.

Am 28. September, dem jüdischen Neujahrsfest, informieren die Rabbiner die Gläubigen über die bevorstehende Verschleppung. Am gleichen Tag werden auch die nichtgläubigen jüdischen Kinder in den Schulen gewarnt. Bis zu diesem Zeitpunkt gehören von den vier Millionen Dänen nur wenige dem Widerstand an. Durch die drohende Deportation schließen sich innerhalb kürzester Zeit 50.000 Dänen aus allen Schichten dem Widerstand an. Selbst Antisemiten finden sich unter den Fluchthelfern. Ihnen geht es darum, die deutsche Besatzungsmacht zu schädigen; wie ist ihnen egal.

Trotz der großen Beteiligung der dänischen Bevölkerung an der Rettungsaktion, gibt es Begebenheiten, bei denen deutsche Soldaten aktiv zur Rettung beitrugen oder durch Passivität (indem sie die verdächtigen Personen oder Orte - Häuser, Schiffe, Wälder - nicht genauer in Augenschein nahmen) die Flucht ermöglichen. Ohne diesen Umstand hätten unmöglich 600 bis 700 Flüchtlingstransporte das rettende schwedische Ufer erreicht.

Silke (gekürzt)



"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: <http://www.vvn-bda.de/bremen>

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend
Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-611262 (Willy Hundertmark) oder 0421-6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich Montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats
V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)
Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!